Haushaltssatzung der Stadt Kaiserslautern

für das Jahr 2025 vom

Der Stadtrat hat auf Grund von § 95 Gemeindeordnung in der derzeit geltenden Fassung folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	457.557.236 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	505.345.916 €
der Jahresfehlbetrag auf	- 47.788.680 €

2. im Finanzhaushalt

III I IIIalizilausilait		
der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-	19.513.260 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf		39.696.005 € 75.091.250 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit auf	-	35.395.245 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		54.908.505 €

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	-€
verzinste Kredite auf	35.695.245 €
zusammen auf ¹⁾	35.695.245 €

Ermittelt aus Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit i.H.v. 35.395.245 € zzgl. 100 % der veranschlagten allgemeinen

 Grundstücksveräußerungserlöse i.H.v. 300.000 €, welche nach der Rechtsordnung und einer darauf beruhenden Vorgabe der Aufsichtsbehörde nicht für investive Zwecke verwendet werden dürfen.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

§ 4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

730.000.000 €

10€

§ 5 Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt auf

1.	Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen des Eigenbetriebs Stadtbildpflege auf	3.000.000 €			
2.	Kredite zur Liquiditätssicherung des Eigenbetriebs Stadtbildpflege auf	-€			
3.	Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebs Stadtbildpflege auf darunter:	-€			
	Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	-€			
	§ 6 Steuersätze				
Die	e Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:				
-	Grundsteuer A auf Grundsteuer B auf	460 v.H. 610 v.H.			
-	Gewerbesteuer auf	430 v.H.			
Die Hundesteuer beträgt für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden					
-	für den ersten Hund für den zweiten Hund	120 € 168 €			
-	für jeden weiteren Hund	228 €			
§ 7 Gebühren und Beiträge					
Die Sätze der Gebühren und Beiträge für ständige Gemeindeeinrichtungen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) werden wie folgt festgesetzt:					
-	Gemäß § 1 Abs. 2 der Friedhofsgebührensatzung (Friedhofsgebührenordnung) der Stadt Kaiserslautern vom 19. November 2001 die Nutzungs- und die Beerdigungsgebühren nach §§ 6, 6a und 7 bis 10 der Friedhofsgebührenordnung auf	130%			
-	Gemäß § 1 Abs. 2 und § 2 der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Erhebung von Beiträgen für den Bau und die Unterhaltung der Feld- und Waldwege vom 10.12.1993 die Beiträge auf Grundstücksfläche.	15 € /ha			

Stadtgleise und deren Benutzung sowie über die Erhebung der Gleisbenutzungsgebühren (Gleissatzung) vom 10.12.1993

für jeden zugeführten Waggon auf

Gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung der Stadt Kaiserslautern über den Anschluss an

für jeden beladen zugeführten und beladen wieder abgeführten Waggon (Umzettelung) auf

20€

Gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Sondernutzung
Straßen vom 19.09.2001 die Verwaltungsgebühr für die Erteilung einer Genehmigung

18€

§ 8 Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2020 betrug 60.208.464,98 Euro und zum 31.12.2021 81.025.844,43 Euro. Zum 31.12.2022 beträgt der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals nach den vorläufigen Rechnungsergebnissen 89.055.815,86 Euro*.

Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals beträgt nach den vorläufigen Rechnungsergebnissen zum 31.12.2023 176.509.221,09 Euro**. Zum 31.12.2024 beträgt das Eigenkapital nach den Planzahlen 546.252.620,09 Euro und zum 31.12.2025 498.463.940,09 Euro***.

Der endgültige Eigenkapitalstand der jeweiligen Haushaltsjahre ist erst nach Erstellung des jeweiligen

- *Vorläufiges Rechnungsergebnis auf Basis der Berechnung vom 08.05.2024.
- **Vorläufiges Rechnungsergebnis auf Basis der Berechnung vom 05.06.2024.
- *** Die geplante Teilnahme am PEK Rheinland-Pfalz ist beim Stand des Eigenkapitals nach Planzahlen zum 31.12.2024 und 31.12.2025 berücksichtigt.

§ 9 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall 50.000 Euro überschritten werden.

§ 10 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze von 100.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 11 Finanzmanagement und Zinssicherung

Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 31. Mai 2010 wird die Verwaltung ermächtigt, zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Erzielung von günstigen Konditionen von derivativen Finanzierungsinstrumenten Gebrauch zu machen.

Diese Ermächtigung bezieht sich auf alle notwendigen Kreditneuaufnahmen sowie Umschuldungen und Prolongationen bestehender Darlehen. Die Ermächtigung bezieht sich ferner auf die Neuaufnahme und Prolongation von Liquiditätskrediten.

Arbeitsgrundlage für das Zins- und Liquiditätsmanagement ist die Dienstanweisung für den Einsatz von derivaten Finanzinstrumenten im aktiven Zins- und Liquiditätsmanagement und die Dienstanweisung für die Neuaufnahme und Umschuldung von Investitionskrediten und Krediten zur Liquiditätssicherung.

§ 12 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte wird in 0 Fällen zugelassen.

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird in 47 Fällen zugelassen.

§ 13 Leistungszulagen

Für die Bewilligung von Zahlungen nach der Landesverordnung zur Durchführung der §§ 29 und 33 des Landesbesoldungsgesetzes an Beamtinnen und Beamte werden festgesetzt:

- 1. für Leistungsstufen €
- für Leistungsprämien und Leistungszulagen

-€

Die Zahlung des Leistungsentgeltes an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 18VKA des TVöD erfolgt in Höhe der tariflichen Verpflichtung.

§ 14 Weitere Bestimmungen

Für die Mittelbewirtschaftung gelten die im Muster 10 (zu § 4 Abs. 8 GemHVO), das dem Haushaltsplan der Stadt Kaiserslautern als Anlage beigefügt ist, aufgeführten Bewirtschaftungsregelungen.

Stadtverwaltung Kaiserslautern, den